

# Das ist das wahre Leben - Mörder bei Coca Cola

von David Bacon

ZNet 19.06.2003

SAN FRANCISCO, CA 24.11.2001 - Nachdem ihr Gewerkschaftsvorsitzender am Werkstor ihrer Firma niedergeschossen wurde, versuchen Edgar Paez und seine MitarbeiterInnen von der Coca Cola Flaschenfabrik in Carepa, Kolumbien, seit vier Jahren, die Gerichte dazu zu bringen, über die für den Mord Verantwortlichen gerecht zu urteilen. Aber statt dessen finden sich einige der ArbeiterInnen selbst hinter Gittern wieder, während sie beobachten können, wie die Mörder frei herumlaufen.

Im Glauben, dass die kolumbianischen Gerichte nicht imstande seien, für Gerechtigkeit zu sorgen, haben sie sich entschieden, Coca Cola in amerikanische Gerichtssäle zu zerren. Zu ihrer Unterstützung fanden sie eine mächtige amerikanische Gewerkschaft.

In diesem Sommer reichte die kolumbianische Gewerkschaft SINALTRAINAL zusammen mit der United Steel Workers of America (Gewerkschaft der Beschäftigten in der amerikanischen Stahlindustrie; Anm. d. Ü.) und dem International Labor Rights Fonds (Internationaler Fonds für Arbeitsrechte; Anm. d. Ü.) die Anklageschrift gegen Coca Cola, Inc., Panamerican Beverages (der größte Softdrink Flaschenhersteller Lateinamerikas, der seit 60 Jahren mit Coke zusammenarbeitet), und Bebidas y Alimentos (das im Besitz des aus Key Biscayne, Florida, stammenden Richard Kirby ist und das Werk in Carepa betreibt) in Florida ein. Die drei Unternehmen werden der Mittäterschaft bei der Ermordung kolumbianischer GewerkschaftsführerInnen beschuldigt. Die Gewerkschaft hofft, dass sie mit dieser neuen Strategie, eine Mordwelle an militanten GewerkschafterInnen, die über ein Jahrzehnt andauert, stoppen zu können. Deshalb reisen auch kolumbianische GewerkschafterInnen durch die Vereinigten Staaten, um für diesen Fall und zukünftige Aktionen Unterstützung zu sammeln.

Die Anklage in Florida besagt, dass am 5. Dezember 1996 um 8.30Uhr ein paramilitärischer Todesschwadron der rechtsgerichteten Vereinten Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens (AUC; größte rechte paramilitärische Gruppierung in Kolumbien; Anm. d. Ü.) am Tor der Carepa Flaschenfabrik auftauchte. Isidro Segundo Gil, ein Mitglied des Exekutivgremiums der Gewerkschaft, wollte zu ihnen gehen, um ihre Absichten herauszufinden. Sie eröffneten jedoch das Feuer und töteten ihn. Eine Stunde später nahmen die Paramilitärs einen weiteren Gewerkschaftsführer in seiner Wohnung gefangen. Er konnte aber entkommen und floh nach Bogotá. An diesem Abend brachen Mitglieder der Paramilitärs dann in das Büro der Gewerkschaft ein und brannten es nieder.

Am darauffolgenden Tag kam eine schwerbewaffnete Gruppe in die Flaschenfabrik und rief die ArbeiterInnen zusammen. "Sie sagten, dass ihnen dasselbe widerfahre wie Gil, wenn sie nicht bis vier Uhr nachmittags ihr Amt niederlegten - sie würden getötet", erinnert sich Paez.

Coca Cola Sprecher Rafael Fernandez beteuert, dass der Verhaltenskodex den Respekt vor den Menschenrechte verlange. Der kolumbianische Sprecher von Coca Cola, Pedro Largacha, behauptet hingegen, dass "die Flaschenhersteller in Kolumbien völlig unabhängig von Coca Cola sind". Der Betreiber, Bebidas y Alimentos, erklärt, dass er keine Möglichkeit gehabt habe, die Paramilitärs zu stoppen. "Du benutzt nicht sie, sie benutzen dich", wirft Kirby ein. "Niemand sagt den Paramilitärs, was sie zu tun haben."

Aber während des Prozess´ wird der Fabrikmanager, Milan Mosquera, der eine ganze Reihe von Partys mit den Paramilitärs feierte, beschuldigt werden, ihnen die Anweisung gegeben zu haben, die Gewerkschaft zu zerstören. Paez führt an, dass nicht nur die Werksmanager verantwortlich seien, sondern, dass auch Coke davon profitiert habe. "Zur Zeit von Gils Tod befanden wir uns in Verhandlungen mit dem Unternehmen.

Danach haben sie nicht mehr mit der Gewerkschaft verhandelt. 27 ArbeiterInnen in zwölf Departements verließen die Fabrik und die Umgebung. All diese ArbeiterInnen mussten aus der Gewerkschaft austreten, um ihr Leben zu retten, so dass die Gewerkschaft völlig zugrunde ging. Zwei Monate lang kampierten die Paramilitärs vor dem Eingangstor des Werks. Coca Cola hat sich nicht einmal bei den zuständigen Behörden beschwert.

Die Kündigungsformulare, so wird in der Anklageschrift beschrieben, sind von der Firma vorbereitet worden. Die erfahrenen ArbeiterInnen, die die Fabrik verließen, und die 380 bis 400 US- Dollar im Monat verdient haben, sind unterdessen durch neue Arbeitskräfte, die zum Mindestlohn - 130\$/Monat - arbeiten, ersetzt worden.

Während einer späteren Untersuchung des kolumbianischen Justizministeriums wurden der Direktor und der Produktionsmanager in Haft genommen, zusammen mit einem lokalen Führer der Paramilitärs. Alle drei sind allerdings anschließend ohne Gerichtsverhandlung frei gelassen worden.

Die Ermordungen der Gewerkschaftsführer auf dem Gelände des Coca Cola Werks waren weder die ersten noch die letzten. 1994 sind bereits zwei andere Gewerkschaftsaktivisten, Jose David und Luis Granado, in Carepa getötet worden. Im Anschluss daran forderten die Paramilitärs die ArbeiterInnen ebenfalls auf, die Gewerkschaft zu verlassen. 1989 wurde Jose Avelino Chicano auf dem Fabrikgelände in Pasto das Leben genommen. In diesem Jahr ist ein führendes Gewerkschaftsmitglied, Oscar Dario Soto Polo, in Bucaramanga umgebracht worden. Als die Gewerkschaft die Morde verurteilte, hat der Sicherheitschef der Fabriken, Jose Alejo Aponte, ihre FührerInnen des Terrorismus beschuldigt. Fünf von ihnen wurden daraufhin für sechs Monate inhaftiert. Auf die Wände des Werks in Barrancabermeja wurde ein Graffiti gekritzelt - "Schmeißt Galvis bei Coca Cola raus, gezeichnet AUC". Juan Carlos Galvis ist Vorsitzender der dort ansässigen Gewerkschaft.

Paez beklagt, dass "es eines der größten Probleme in Kolumbien ist, dass sozialer Protest generell kriminalisiert wird".

Laut eines anderen kolumbianischen Gewerkschafters, Samuel Morales, von der größten Gewerkschaft des Landes, des Vereinten Bundes der Arbeiter und Arbeiterinnen (CUT), "regieren die transnationalen Konzerne in vielerlei Hinsicht die Staaten, in denen sie agieren. Und in unserem Land ist es mittlerweile zu einem Verbrechen geworden, sich kritisch ihnen gegenüber zu äußern. Sie erhalten billige Arbeitskräfte indem sie die Gewerkschaften schwächen und langfristig angestellte Personen feuern."

Bis Mitte Oktober sind allein in diesem Jahr 125 kolumbianische GewerkschafterInnen ermordet worden. Letztes Jahr kostete weiteren 129 ihr Engagement das Leben - von fünf GewerkschafterInnen, die auf der ganzen Welt umgebracht werden, stammen drei aus Kolumbien.

Die Paramilitärs werden für fast alle Hinrichtungen verantwortlich gemacht. Robin Kirk, der/die (?) die Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien für Human Rights Watch beobachtet, sagt, dass enge Verbindungen zwischen den AUC und dem kolumbianischen Militär bestehen. "Der kolumbianische Militär- und Spionageapparat ist seit den 1950er Jahren offen anti- kommunistisch und folglich werden die GewerkschafterInnen als UmstürzlerInnen - als eine ernst zu nehmende und potentielle Bedrohung - betrachtet."

"Sie glauben, dass es ein Verbrechen sei", fügt Morales hinzu, "wenn irgendeine Alternative, irgendeine Option für einen sozialen Umbau präsentiert wird - auch wenn es nur darum geht, für ArbeitnehmerInnenrechte und für die eigenen Bedürfnisse zu kämpfen. Die Paramilitärs ergreifen nicht von sich aus die Initiative. In Kolumbien werden sie deswegen nur als die "sechste Division" des Militärs bezeichnet."

Und trotz der Todes- und Gewaltwelle nahm die U.S. amerikanische Hilfe für die kolumbianischen Streitkräfte rasant zu. Mit dem "Plan Colombia" (nähere Informationen dazu siehe: "Plan Colombia" von Noam Chomsky; Anmerk. d. Ü.) haben die USA über eine Milliarde U.S. Dollar fast ausschließlich in Form von militärischer Hilfe in das Land geschleust. Paez bezichtigt den von den USA finanzierten Drogenkrieg als

einen Vorwand , um die transnationalen Konzerne zu beschützen. "Das Ziel des "Plan Colombia" ist es, die sozialen Bewegungen in unserem Land auszurotten. Denn dies schafft wesentlich positivere Bedingungen, unter denen dann unsere natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte ausgebeutet werden können."

Ein Ziel der Anklage gegen Coke ist, den Druck auf die kolumbianische und die U.S. amerikanische Regierung zu erhöhen, damit ihr Handeln in Zukunft den Konventionen der Internationalen ArbeiterInnenorganisation (International Labor Organisation) und den Genfer Menschenrechtskonventionen entspricht. Zusätzlich würden die kolumbianischen GewerkschafterInnen es gern sehen, wenn die Mörder zur Verantwortung gezogen und der Gerechtigkeit genüge getan würde.

"Wir wollen die Maske herunter reißen, die die Verwicklung der transnationalen Konzerne in unseren inneren Konflikt verbirgt", erklärt Paez. "Um das zu erreichen, benötigen wir ein juristisches Forum außerhalb des Landes, denn in Kolumbien wird denen, die die Schuld für diese Verbrechen tragen, mit Straffreiheit begegnet. In diesem besonderen Fall gehört eben auch Coca Cola zu jenen Schuldigen. Aber sie sind bei weitem nicht das einzige Unternehmen, das eine Politik verfolgt, die die Menschenrechte verletzt. Wir geben hier lediglich unsere globale Antwort auf ihre globalen Operationen."